

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

30.09.2021

Inhalt

EWN

3 Wirtschaft in MV will neue Große Koalition Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 30.09.2021	4
1 Endlagersuche: Salzstock Bahlburg soll als Muster dienen <i>ndr.de, 29.09.2021</i>	5
2 China soll aus Atom-Bauprojekt <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.2021</i>	3

Wirtschaft in MV will neue Große Koalition

Trotz des desaströsen CDU-Ergebnisses setzen die Arbeitgeber in MV weiter auf eine rot-schwarze Koalition – allerdings mit Bedingungen.

Schwerin. Die Vereinigung der Unternehmensverbände (VUV) in *Mecklenburg-Vorpommern* hat sich gestern klar positioniert. Die **Wirtschaft** spricht sich ganz klar für eine Fortführung der Großen Koalition aus. „Die von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig formulierten Ziele, die zum großen Teil von der **Wirtschaft** mitgetragen werden, werden nur in dieser Konstellation erfolgreich umsetzbar sein“, heißt es in einer Mitteilung des Arbeitgeberverbandes, der mit seinen über 5600 Mitgliedern und gut 340 000 Beschäftigten die Interessen der Unternehmen im Nordosten vertritt.

In der letzten Wahlperiode seien richtige und für die Entwicklung *Mecklenburg-Vorpommerns* notwendige

Weichen gestellt worden, sagte VUV-Geschäftsführer Sven Müller – und richtete dabei auch deutliche Worte an die Adresse der Christdemokraten. „Die CDU ist gefordert, sich jetzt in einer veränderten Aufstellung schnellstmöglich zu finden. Sondierungsgespräche und gegebenenfalls Koalitionsverhandlungen sollten nicht ohne einen erfahrenen **Wirtschaftsminister** wie Harry Glawe erfolgen.“

Als einziger mit Direktmandat gewählter CDU-Abgeordnete und bisheriger stellvertretender Regierungschef sei Glawe bei der SPD anerkannt und könne auf Augenhöhe mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig verhandeln, so der **Wirtschaftsvertreter**.



 ndr.de | 29.09.2021

 WEBLINK

Endlagersuche: Salzstock Bahlburg soll als Muster dienen

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung will den Salzstock Bahlburg zur Methodenentwicklung bei der Endlagersuche nutzen. Anwohner fürchten, dass der Salzstock mehr als ein Musterbeispiel sein könnte.

Rund 200 Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Harburg besuchten am Dienstagabend eine Informationsveranstaltung der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). BGE-Geschäftsführer Steffen Kanitz erklärte ihnen, dass der Salzstock Bahlburg nur eins von 90 möglichen Teilgebieten sei und als Atommüll-Endlager weder bevorzugt noch benachteiligt werde.

Salzstock Bahlburg wegen Durchschnittlichkeit ausgewählt

Der Salzstock unter Lohdorf, Bahlburg, Garstedt und Garlstorf ist laut BGE sehr durchschnittlich hinsichtlich Größe, Beschaffenheit und Datenlage. Aus diesem Grund sollen dort die Maßstäbe erforscht werden, die künftig an alle anderen in Frage kommenden Standor-

te dieser Art angelegt werden sollen.

Hausverkäufe nach BGE-Auswahl geplatzt

Kanitz konnte den Anwesenden ihr Misstrauen jedoch nicht ganz nehmen. Denn es gibt bereits erste negative Erfahrungen. So berichtete eine der Anwesenden, dass zwei geplante Hausverkäufe in der Gegend geplatzt seien, nachdem die BGE den Salzstock Bahlburg zum Gebiet für Methodenentwicklung erklärt hatte. "Die emotionalen Reaktionen haben mich nicht überrascht, dieser eine konkrete Fall in der Tat schon", sagte der BGE-Geschäftsführer. Das zeige, wie sensibel das Thema sei und wie schwierig es sei, in einem wissenschaftsbasierten Verfahren die Bürgerinnen und Bürger immer wieder abzuholen.

📰 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 30.09.2021 | S. 20

📄 Auflage: 214.247 | Reichweite: 962.862

👤 Philip Plickert

China soll aus Atom-Bauprojekt

Briten wollen Staatskonzern CGN herausdrängen

ppl. LONDON. Die britische Regierung bereitet eine Wende ihrer Atomenergie-Strategie vor. Sie steht kurz davor, den chinesischen Staatskonzern CGN aus dem Kraftwerksbauprojekt Sizewell C herauszudrängen. CGN hält bislang einen Anteil von 20 Prozent an dem neuen Kraftwerk in Ostengland, dessen Kosten auf mehr als 20 Milliarden Pfund veranschlagt werden. Hauptinvestor von Sizewell C ist der französische Konzern EDF, der das Kraftwerk zu 80 Prozent finanziert. Laut Medienberichten vom Mittwoch soll die Londoner Regierung nun konkret überlegen, wie sie den chinesischen Konzern los wird. Er könnte gezwungen werden, seine Beteiligung an institutionelle Investoren weiterzuverkaufen, oder der Staat könnte sie an die Börse bringen. Aus dem Wirtschafts- und Energieministerium von Minister Kwasi Kwarteng hieß es, dass noch keine Entscheidung gefällt sei. Der Schritt gegen CNG würde mit Sicherheit die britischen Beziehungen mit Peking weiter verschlechtern, die ohnehin wegen Differenzen über Hongkong, den Mobilfunkanbieter Huawei und die neue U-Boot-Militärallianz AUKUS sehr angespannt sind.

Die Chinesen sind außerdem am Bau des Kernkraftwerks Hinkley Point C im Südwesten Englands beteiligt. Dieses finanzieren sie zu 33,5 Prozent, den Rest trägt EDF bei. Von konkreten Plänen, CGN auch dort herauszudrängen, ist bislang nichts bekannt. Das Baukonsortium hat soeben einen Zwischenbericht zu fünf Jahren Bautätigkeit veröffentlicht. Auffällig war, dass die Beteiligung der Chinesen mit keinem Wort the-

matisiert wurde. Laut dem Konsortium arbeiten in ganz Großbritannien inzwischen 22 000 Menschen an dem Bau und der Entwicklung des neuen Atomkraftwerks, davon 6300 vor Ort auf der Baustelle. "Dieses Nuklearkraftwerk wird wesentlich dabei helfen, das Ziel von Netto-Null-Emissionen für Britannien zu erreichen, und es wird verlässliche CO2-niedrige Elektrizität liefern, die 7 Prozent des Landesbedarfs abdeckt", schreibt das Konsortium. Das Kraftwerk mit 3,2 Megawatt Leistung, genug für 6 Millionen Haushalte, soll im Jahr 2027 ans Netz gehen, zwei Jahre später als ursprünglich geplant. Zudem wird der Bau teurer, die Kostenschätzung wurde mehrfach auf zuletzt 22 bis 23 Milliarden Pfund heraufgesetzt.

Angesichts der stark gestiegenen Preise für Erdgas, das 40 Prozent des Strombedarfs deckt, und der niedrigeren Windstrom-Erzeugung in diesem Jahr überlegt die Regierung von Boris Johnson, den Ausbau von Nuklearkraft zu forcieren. Energieminister Kwarteng ist besorgt, dass die meisten der aktiven 13 Reaktoren an sechs Standorten Mitte des Jahrzehnts aus Altersgründen abgeschaltet werden müssen. Kwartengs Ministerium verhandelt derzeit mit dem amerikanischen Nuklearkonzern Westinghouse über das geplante Kernkraftwerk Wylfa in Wales, das der japanische Hitachi-Konzern im vergangenen Jahr wegen Finanzierungsunsicherheiten aufgegeben hat. Außerdem hat die Regierung jüngst knapp eine Viertelmilliarde Pfund für die Entwicklung einer kleinen Flotte von bis zu 16 Mini-Reaktoren von Rolls-Royce in Britannien freigegeben.